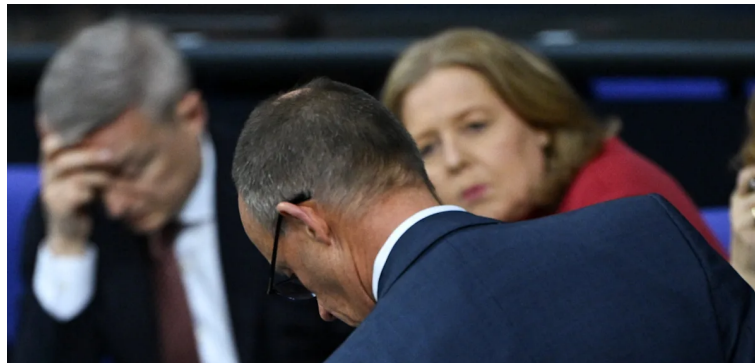


Eine Niederlage für die jüngere Bevölkerung



Von **Dorothea Siems**
Chefökonomin

Stand: 29.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



Friedrich Merz (CDU) und Bärbel Bas (SPD) im Bundestag,
28. November

Quelle: REUTERS/Annegret Hilse

Als klare Gewinnerin geht die SPD-Chefin Bärbel Bas aus dieser Koalitionskrise hervor: Die Arbeitsministerin hat mit ihrem teuersten Rentenpaket aller Zeiten das wichtigste Ziel ihrer Partei erreicht – auf Kosten von Deutschlands Zukunft.

Der Umgang der Koalitionsspitzen mit den jungen Unions-Rebellen hat hohen Symbolcharakter. Beim wochenlangen Streit um das teuerste Rentenpaket aller Zeiten verlief die Konfliktlinie nie zwischen der SPD und den Schwesterparteien. Der Widerstand gegen die geplante Umverteilung von mehr als 200 Milliarden Euro zugunsten der Babyboomer und der heutigen Rentner ging vielmehr von den jüngeren Abgeordneten von CDU und CSU aus. Und die Auflehnung richtete sich gegen die eigene Regierung.

Die „Einigung“ der Koalitionsspitzen war deshalb ein Selbstläufer. Die vier Parteichefs waren sich von vornherein einig, dass der Gesetzesentwurf mit der Mütterrente und dem Abschalten des Demografiefaktors noch in diesem Jahr ohne Änderungen den Bundestag passiert. Das den Jungen präsentierte Kompromissangebot ist so mickrig, dass die 18 Unionspolitiker nur mit Gesichtsverlust, aber kaum mit gutem Gewissen ihre Blockade aufgeben können.

Das einzige Entgegenkommen, das die vier Parteichefs anbieten, ist ein Entschließungsantrag, der die ohnehin geplante Rentenkommission beschleunigt. Eine mit Koalitionspolitikern und Experten besetzte Runde soll im ersten Halbjahr „ohne Tabus“ über mögliche Reformansätze zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherung beraten. Und Bundeskanzler Friedrich Merz verspricht, noch 2026 eine große Rentenreform umzusetzen.

Allerdings hatte der CDU-Chef bekanntlich schon für dieses Jahr einen „Herbst der Reformen“ zugesichert. Und seine jungen Parteifreunde monieren zu Recht, dass zwar die Schuldenwende kam, die Sozialversicherungen jedoch weiterhin Richtung Kollaps drifteten. Das Rentenpaket verschärft die demografiebedingte Schieflage nun noch einmal drastisch. Daran ändern weder die „Frühstarterrente“ (der 10-Euro-Sparbonus für Sechsjährige) noch die „Aktivrente“ (der Steuervorteil für Arbeitnehmer, die nach Erreichen der Altersgrenze weiterarbeiten) und auch nicht die jetzt angekündigte Finanzspritze des Bundes für die Förderung der privaten Altersvorsorge etwas.

Rentenkommission tagte ohne Folgen

Als klare Gewinnerin geht SPD-Chefin Bärbel Bas aus dieser Koalitionskrise hervor. Die Arbeitsministerin hat mit ihrem Gesetzespaket das wichtigste sozialpolitische Ziel ihrer Partei für diese Legislaturperiode erreicht: Das Rentenniveau, also die Rente im Verhältnis zu den Löhnen, wird bis 2031 bei mindestens 48 Prozent gehalten – mit einer im Gesetz festgelegten Nachwirkung für die gesamten 30er-Jahre. Kein Wunder, dass die Ministerin am Freitag in der Bundestagsdebatte über ihren mit Schulden kräftig aufgepumpten Etat siegesgewiss strahlte. Schleierhaft bleibt dagegen, woher der Kanzler seinen Optimismus nimmt, dass sich die Sozialdemokraten von ihrem enkelfeindlichen Kurs durch die geplante Kommission abbringen ließe.

Denn schon die letzte Große Koalition unter Angela Merkel hatte 2018 eine „Rentenkommission Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt. Und auch diese Runde durfte über alles diskutieren und einen dicken Bericht schreiben – der folgenlos blieb. Inzwischen warnen namhafte Ökonomen vor dem drohenden Kollaps des Sozialsystems. Doch die Chancen, dass Union und SPD die Rentenbombe in dieser Legislaturperiode entschärfen, sind gering. Die vergangenen Wochen haben wieder gezeigt, dass man sich an der Wählermehrheit der über 55-Jährigen orientiert. Die Rebellen kämpften heroisch im Interesse der gesamten jüngeren Bevölkerung und für den deutschen Wirtschaftsstandort. Bleibt zu hoffen, dass die Gesellschaft das erkennt und ihre Reformbereitschaft wächst.